

Hamburg im September 2023

Newsletter 38

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde, liebe Mitglieder,

hier unser neuer Newsletter zur Aussetzung des [KESS-Verfahrens](#) und zur [G9-Initiative](#). Dazu ein Hinweis auf das neue Heft [Die Schule für alle](#).

In unserem letzten Newsletter hatten wir zur Beteiligung an der Demonstration zur [Bildungswende JETZT](#) am 23. September eingeladen.

Nun lassen wir die Bilder sprechen: Uns hat erfreut und beeindruckt, mit welchem Elan viele junge Leute, Schüler*innen, Erzieher*innen und junge Kolleg*innen – nach unserem Eindruck vielfach aus den Stadtteilschulen – diese Demonstration auf die Beine gestellt und sich beteiligt haben. Ja, es hätten noch mehr sein können, aber der Anfang war toll und wir gratulieren den Organisator*innen herzlich. Wir bleiben mit ihnen in Kontakt.

In der kommenden Zeit wird es ihnen um weitere Perspektiven und Grundsätze gehen. Wir unterstützen die Arbeit der Initiative und beteiligen uns, wo es geht, an der inhaltlichen Ausrichtung über ein gerechtes, nicht aussonderndes inklusives Schulsystem.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Hamburger Landesvorstand

Impressionen von der Demo zur Bildungswende JETZT am 23.09.2023



KESS-Verfahren ausgesetzt – Gesprächsinitiative des Vorstands

Wir berichteten im Juni-Newsletter darüber, dass das KESS-Verfahren für das Schuljahr 23/24 ausgesetzt wurde.

Am 21. August nutzten wir in einem Gespräch mit Senator Rabe und Behördenvertreter*innen die Gelegenheit, unsere Argumente für die baldige Fortführung von KESS vorzutragen und uns darüber auszutauschen. In der Vergangenheit haben 43 Stadtteilschulen, die vier 6-jährigen Primarschulen und zwei Gymnasien das Instrument für ihre Schul- und Unterrichtsentwicklung genutzt; für sie ist es elementar, dass KESS ohne Unterbrechung als Langzeitinstrument weiterhin zur Verfügung steht.

In dem einstündigen Gespräch wurde deutlich, dass auch dem Senator der Erhalt des Instrumentes wichtig ist. Das macht uns Hoffnung, dass sich in der Sache etwas bewegt.

Zwischenzeitlich haben 25 Stadtteilschulen ihre Arbeit mit KESS fortgesetzt, nun allerdings über den „privaten“ gemeinnützigen Träger des KESS-Netzwerks „Zukunft lernen“. Ein Dauerzustand sollte dies aus unserer Sicht nicht sein, denn KESS wird als „Hamburger Instrument“ unbedingt gebraucht, um die Leistungsentwicklung der Stadtteilschulen im Längsschnitt und im fairen Vergleich abzubilden.





Verband für Stadtteilschulen (GGG) zur G9-Initiative

Der Verband der Stadtteilschulen in Hamburg sieht in der Forderung der Elterninitiative nach der Wiederherstellung des neunjährigen Gymnasiums große Gefahren für die Bildungsgerechtigkeit in unserer Stadt und einen immensen Kosten- und Zeitaufwand für die Umsetzung, den sich unsere Stadt auch angesichts des derzeitigen Lehrermangels nicht leisten kann und sollte.

Die Forderung der Elterninitiative ist kaum nachvollziehbar, da man in Hamburg ja schon die Wahl zwischen einem achtjährigen Weg (am Gymnasium) und einem neunjährigen Weg (an der Stadtteilschule) zum Abitur hat. Alle Eltern können entscheiden, welcher Weg für ihr Kind der angemessene ist.

Da in Hamburg fast alle Stadtteilschulen eine gymnasiale Oberstufe haben und damit ohne Umschulung direkt zum Abitur führen, ist auch der Vergleich mit anderen Bundesländern, die zu G9 zurückgekehrt sind, nicht treffend. Diese attraktive Alternative zum Gymnasium gibt es in den anderen Bundesländern nicht. Zudem handelt es sich bei diesen Bundesländern ausnahmslos um Flächenstaaten, in denen wegen der weiten Wege der Zugang zu neunjährigen Bildungsgängen erschwert oder sogar unmöglich ist. Für Hamburg gilt dies nicht.

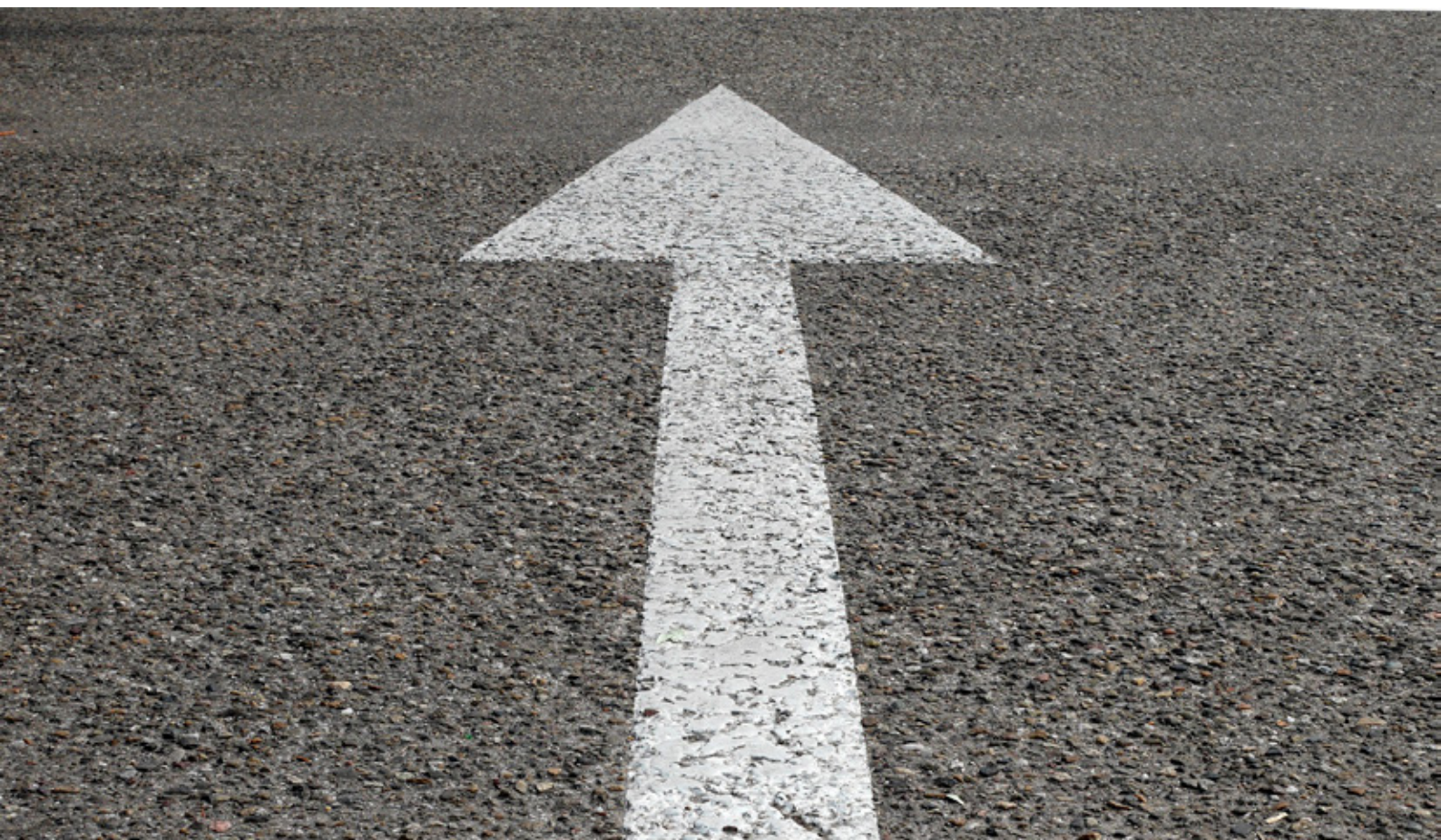
Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung sind in den letzten 15 Jahren erhebliche Investitionen in den Schulbau erfolgt, weitere sind in Planung. Durch die Wiedereinführung von G9 wären alle Planungsgrundlagen hinfällig, denn es müssten deutlich größere Gymnasien gebaut werden.

Kann und will sich das die Stadt Hamburg in der jetzigen schon durch Corona und den Krieg in der Ukraine angestregten Finanzlage leisten?

Unangemessen erscheint die Forderung nach G9 auch angesichts des akuten Lehrermangels. Es gibt jetzt schon nicht genügend Lehrer*innen, um die Schulen so zu versorgen, dass der Unterricht nach Plan aufrecht erhalten werden kann.

Dazu Anna Ammon, Vorsitzende des Verbandes der Stadtteilschulen: „Die Initiatoren der G9-Initiative machen einmal wieder deutlich, worum es ihnen geht: In der Stadt, in der jedes Kind und seine Eltern bereits die Wahl haben zwischen einem acht- und neunjährigen Bildungsgang zum Abitur, wollen sie, dass ihre Kinder unter ihresgleichen bleiben. Ein neunjähriger Bildungsgang am Gymnasium geht in die falsche Richtung und verändert die Schullandschaft zum Nachteil der Stadtteilschulen. Ein Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit sieht aus Sicht der GGG ganz anders aus.“

Deshalb muss eine Wiedereinführung von G9 in Hamburg verhindert werden.



Das neue Heft Die Schule für alle ist da!



[Download auf ggg-web.de](http://ggg-web.de)